Deutschlands „Rüstungen" in der Pariser Kammer

Eine Propagandadebatte für Amerika.

Paris, 26. Januar. In Anwesenheit von zunächst nur 20 Abgeordneten und des Ministerpräsidenten Herriot wurde die Kammerdebatte über das Budget des Ministeriums des Auswärtigen fortgesetzt. Der Abg. Fabry von der demokratischen Linken erklärte, die Alliierten hätten klug gehandelt, daß sie Köln weiter besetzt hielten. Er sei bereit zu beweisen,

1. daß Deutschland imstande sei, eine große Armee zu mobilisieren und
2. daß es überhaupt kein Mittel gebe, Deutschland dahin zu bringen, abzurüsten.

Der Abgeordnete ging alsdann auf die Tätigkeit der Kontrollkommission ein und erklärte, die Kommission habe ohne große Schwierigkeiten die Zerstörung des sichtbaren und bekannten Kriegsmaterials erlangt. Aber bereits im Februar 1922 sei General Nollet über die Lage, die er vorgefunden habe, so beunruhigt gewesen, daß er einen Bericht an die alliierten Regierungen übersandte. In Wahrheit habe der aktive Widerstand also schon anfangs 1922 begonnen.

Der ehemalige Kriegsminister Maginot unterstützte die Ausführungen des Vorredners und betonte: Da die Kontrollkommission nicht in nützlicher Weise funktionieren könne, sei es besser, sie zurückzuberufen, als von ihr zu verlangen, ihre Aufgabe unter den jetzigen Umständen weiterzuführen. Es sei unrichtig, wenn man behaupte, daß die Ruhrbesetzung die Ursache des Aufhörens der Kontrolle sei. Wenn die Kontrolle Ende 1923 hätte wieder aufgenommen werden können, so sei das der Anwesenheit französischer Truppen im Ruhrgebiet zu verdanken.

Hier griff der Ministerpräsident Herriot in die Debatte ein und erklärte, es handle sich jetzt nur darum, festzustellen, ob das Ruhrunternehmen die Kontrolloperationen begünstigt oder verhindert habe. Auch er mache ebenso wie Maginot für die Schwierigkeiten, denen die Kontrollkommission ausgesetzt sei, Deutschland verantwortlich. Er habe deshalb die Räumung der Kölner Zone verweigert. Aber die im Jahre 1922 schwierigen Kontrollmaßnahmen seien nach der Ruhrbesetzung unmöglich geworden, wofür er genaue Beweise angeben könne. Die Kontrollkommission habe den Beweis dafür geliefert, daß 20 000 Gewehrläufe bei Krupp in Essen während der Ruhrbesetzung hergestellt und nach dem unbesetzten Gebiet geschickt worden seien, daß Deutschland also gar im besetzten Gebiet Waffen herstelle und daß die Kontrolle im unbesetzten Gebiet mithin vollständig unmöglich gewesen sei.

Fabry erklärte, er habe während der Ruhrbesetzung alle Werke ohne Schwierigkeiten besuchen können, aber es handelte sich da um

eine einheitliche Fabrik von einem Umfang von sieben Quadratkilometern,

wo man unverzüglich wieder Waffen herstellen könne. — Herriot erklärte, man müsse nicht den Eindruck hervorrufen, daß Frankreich die Kontrolle als unmöglich betrachte. Man müsse im Gegenteil alle seine Energie daran setzen, die Kontrolle auszubilden.

Abgeordneter Franklin Bouillon erklärte, es sei notwendig, daß Frankreich in den Vereinigten Staaten seinen Friedenswillen und den Kriegswillen Deutschlands beweise. Er verlangte endlich, daß

alle Dokumente, die geeignet seien, die amerikanische öffentliche Meinung aufzuklären, veröffentlicht würden.

Herriot wandte ein, daß man bei einer Veröffentlichung auch alter Dokumente sehr vorsichtig sein müsse. Er appellierte weiter an das Berufsamtsgeheimnis, um die Forderung nach Veröffentlichung der Angaben über die Arbeitsmethoden der Kontrollkommission zurückzuweisen. Ebenso könne man die Kontrolloffiziere sofort zurückkommen lassen. Außerdem dürfe man nicht vergessen, daß es sich um Dokumente handle, die nicht nur Frankreich, sondern allen Alliierten gehörten. Man könne sich gar nicht vorstellen, wie empfindlich gewisse alliierte Mächte seien, wenn es sich um eine Frage handle, die sie unmittelbar berühre. Er könne ohne die Zustimmung der Alliierten die in Frage stehenden Dokumente nicht veröffentlichen. — Fabry hielt daran fest, daß die Veröffentlichung des gesamten Materials und der Berichte Nollets der Sache Frankreichs die größten Dienste leisten würde.

In der Nachmittagssitzung der Kammer setzte der Abg. Fabry seine Rede fort, um sich eingehend mit

den angeblichen geheimen Rüstungen Deutschlands

zu beschäftigen. Der Redner erörterte im besonderen die Frage des Relativbestandes der Reichswehr und der deutschen Polizei. Ministerpräsident Herriot erinnerte hierbei daran, daß man auf der Konferenz von Boulogne Deutschland gestattet habe, seine Polizei um 50 000 Mann zu erhöhen und erklärte, diese Unvorsichtigkeit sei die Quelle der Schwierigkeiten geworden, auf die man später gestoßen sei. Als darauf Abg. Fabry das Vorgehen der vorangegangenen Regierung in Boulogne mit Dokumenten zu rechtfertigen versuchte, brachte der Ministerpräsident die Frage des jüngst veröffentlichten Geheimdokuments des General Sarrail über die deutschen Rüstungen zur Sprache. Er gab seinem Bedauern Ausdruck, daß vertrauliche Dokumente aus den Archiven des Kriegsministeriums und des Auswärtigen Amtes verschwinden und veröffentlicht werden konnten. Für derartiges könne er die Verantwortung nicht übernehmen. Herriot fuhr fort:

Wir werden von Personen verraten, denen wir Dokumente anvertraut haben.

Insbesondere im Verlaufe einer Verhandlung, wie derjenigen über die Räumung der Kölner Zone, bei der eine große diplomatische Anstrengung notwendig ist, können derartige Erklärungen Ungelegenheiten bereiten. Wenn im Ministerium Dokumente verschwinden, werde ich jedesmal, wie bei der Veröffentlichung des „Eclair", Strafantrag stellen.

Der Abg. Fabry fuhr dann über den Geisteszustand zu sprechen fort, der augenblicklich in Deutschland vorherrsche und der ihn sehr beunruhige. Der Abgeordnete kam alsdann auf den im Friedensvertrag vorgesehenen englisch-französischen Pakt zu sprechen und erklärte, die Besetzung des Rheines sei das einzige Mittel, das Frankreich übrig bleibe, nachdem der genannte Pakt nicht abgeschlossen worden sei, um wenigstens eine relative Sicherheit zu gewährleisten. Das beste Mittel, Frankreichs Sicherheit zu garantieren, sei, Deutschland unter dem Eindruck zu lassen, daß, wenn es einen Krieg entfessele, dieser auf seinem Gebiete ausgetragen werde. Man möge der Welt den Frieden erklären, aber noch besser wäre es, seinem Lande die Erklärung zu geben, daß der Frieden nur in der Sicherheit möglich ist.

Der der Gruppe der demokratischen Linken angehörende Abgeordnete Paule Simon besprach im weiteren Verlauf der Debatte die Frage der

Beziehungen Frankreichs zum Vatikan.

Er erklärte, die Aufhebung der Botschaft beim Vatikan wäre ein großer Fehler. In einer Zwischenbemerkung verteidigte Ministerpräsident Herriot den Standpunkt der Regierung und unterstrich nochmals, daß nach seiner Auffassung die Erwartung, daß durch die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen eine Entspannung in der Lage herbeigeführt werde, sich nicht erfüllt hätte. Rom versuche, katholische Parteien in allen Ländern zu gründen. In Deutschland sei das leicht möglich gewesen, aber in Frankreich seien die Versuche weniger günstig. Würde man aber in Frankreich eine katholische Partei bilden, so wäre das ein Unglück für das Land, denn Frankreich könne wohl politische Parteien, aber keine religiösen haben. Nach dieser Rede wird die Generaldebatte über das Budget für das Auswärtige Amt auf morgen vertagt. (W. T. B.)

Fortbestehen des Konkordats für Elsaß-Lothringen.

Eine elsaß-lothringische Vertretung beim Vatikan?

Paris, 26. Jan. Zu Beginn der heutigen Kammersitzung richtete der radikale Abgeordnete Milhaud an den Ministerpräsidenten die Frage, ob es richtig sei, daß der Staatsrat festgestellt habe, daß die drei Departements von Elsaß und Lothringen unter dem Regime des Konkordats ständen. — Der Ministerpräsident antwortete, daß es richtig sei, daß eine Abteilung des Staatsrats das Urteil gefällt habe, daß die drei Departements von Elsaß und Lothringen noch unter dem Regime des Konkordats ständen. Da die Regierung unparteiisch bleiben wolle, erkläre sie, daß die ausgesprochene Ansicht als günstig betrachtet werde. Diese Departements ständen also noch unter dem Regime des Konkordats, das auch weiterhin in diesen drei Departements angewandt werde, bis das Parlament anders darüber entschieden habe. Es sei also der Modus vivendi gefunden worden, den die Regierung loyal, aufrichtig und ohne Hintergedanken anwenden werde, und wenn es notwendig sein sollte, in Rom für die drei Departements eine Persönlichkeit zu unterhalten, dann werde sie sie bestimmen.

Deutschland als „soziale Großmacht".

Berlin, 26. Jan. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, der sich gegenwärtig in Berlin aufhält, äußerte sich einem Vertreter des „Vorwärts" gegenüber über den internationalen Stand der Ratifizierung des Abkommens von Washington. Nachdem er seinen Ueberblick über die Stellungnahme Frankreichs, Englands und Belgiens gegeben hatte, erklärte er, er wünsche, daß Deutschland einen größeren und intensiveren Anteil an der Entwicklung des Internationalen Arbeitsamtes nehme. Man sei im Internationalen Arbeitsamt weit entfernt, die Bedeutung Deutschlands zu verkennen. Das Deutsche Reich sei heute vielleicht mehr als je eine soziale Großmacht. Deshalb habe er den dringenden Wunsch, daß es entsprechend seiner Bedeutung an den Aufgaben des Internationalen Arbeitsamtes mitarbeite.

Warum Hughes zurücktrat.

Paris, 26. Jan. Der Londoner Vertreter der „Chicago Tribune" erfährt vom Botschafter Kellogg, daß er vor seiner Abreise zur Teilnahme an der interalliierten Finanzministerkonferenz in Paris vom Staatssekretär Hughes die formelle Instruktion erhalten habe, kein allgemeines Abkommen zu unterzeichnen, sondern lediglich ein privates, das die Amerika interessierenden Klauseln enthalte. Dieser Ansicht habe sich jedoch Botschafter Kellogg nicht anschließen können. Er habe unverzüglich telegraphisch gefordert, daß seine Instruktionen abgeändert würden, da das Pariser Abkommen für Amerika nicht die Verpflichtung in sich schließe, an Sanktionen gegen das Deutsche Reich teilzunehmen. Da Präsident Coolidge die Auffassung des Botschafters Kellogg teilte, müsse man hier den wahren Beweggrund für den Rücktritt des Staatssekretärs Hughes suchen.

Amerikanisches Urteil gegen deutsche Bankansprüche.

Washington, 26. Jan. In dem Rechtsstreit der Direktion der Disconto-Gesellschaft und der Bank für Handel und Industrie gegen die amerikanische Steal Corporation und andere hat der oberste Gerichtshof dahin entschieden, daß die britische Regierung einen Rechtsanspruch auf die in amerikanischen Händen befindlichen Kapitalien habe, soweit diese aus Zinsscheinen bestehen, die während des Krieges Eigentum von Ausländern waren. wtb.

Auch Dr. Weber frei.

Berlin, 26. Januar. Der am Sonnabend freigesprochene Oberlandführer Dr. Weber hat nach einer Blättermeldung aus München die Nachricht erhalten, daß er nach der Festung Landsberg nicht mehr zurückzukehren brauche. Damit ist auch bei dem letzten der Verurteilten im Hitler-Prozeß die Bewährungsfrist eingetreten.

Der Beleidigungsprozeß Auer in München.

München, 26. Jan. Vor der hiesigen Strafkammer begann heute die Verhandlung über die Beleidigungsklage des sozialdemokratischen Abgeordneten und Vizepräsidenten Auer gegen den Schriftleiter Winter und den Geschäftsführer Kämpfer, beide Schriftleiter des Münchner Organs der unabhängigen Partei „Der Kampf", sowie gegen den Kaufmann Kampfmeier, den Schriftleiter der während der Dezember-Wahlen erschienenen kommunistischen „Neuen Zeitung". Die Angeklagten Kämpfer und Winter haben gegen Auer Widerklage erhoben. Zur Verhandlung sind rund 50 Zeugen erschienen. (W. T. B.)

Nach dem chilenischen Staatsstreich.

Santiago, 26. Januar. Dem früheren chilenischen Gesandten in London, Augustin Edward, ist es gelungen, die Streitpunkte, die seit dem Ausbruch der revolutionären Bewegung vom letzten Freitag zwischen dem Heer und der Flotte bestanden, beizulegen und eine Formel zu finden, die von beiden Seiten angenommen wurde. Eine neue Regierung ist gebildet worden, die aus einem Admiral, einem General und einem Zivilisten besteht. Eine verfassunggebende Versammlung ist einberufen worden. (wtb.)

Rom, 26. Januar. Der heute aus Venedig in Rom eingetroffene Präsident von Chile, Dr. Alessander, erklärt, daß er über seine von der neuen Regierung gewünschte Rückkehr nach Chile noch nicht entschieden habe. Er würde nur zurückkehren, wenn dies die allgemeine Beruhigung des Landes bedeuten würde, d. h., wenn er hoffen könne, dadurch seine Partei der Linken mit der Rechten, die die September-Revolution gemacht habe, zu versöhnen. „Giornale d'Italia" berichtet, daß der Präsident heute nach einer Besprechung auf der chilenischen Botschaft in Rom ein Manifest an die Bevölkerung von Chile gerichtet habe, daß seine weiteren Entschlüsse abhängig sein würden von der Beruhigung und Eintracht des Landes. (W. T. B.)

Verständigung Kerenskis mit den Sowjets?

Berlin, 26. Jan. Von angeblich wohlinformierter Pariser Seite wird mitgeteilt: Der Führer der russischen Menschewisten Alexander Kerenski, der als Regierungschef 1917 durch die Bolschewisten besiegt und beseitigt wurde, hat sich mit den Sowjets verständigt und wird in nächster Zeit nach Rußland zurückkehren. Man hat ihm in der Moskauer Regierung einen Vertrauensposten angeboten.

119 Schreibmaschinen
Rackows
Handels- und Sprachschule, Altmarkt 15
Inh. Rich. Rackow und Dr. Fr. Rackow
Stenotyp.- u. Handelskurse. Fortbildungspfl. Knaben u. Mädchen sind von der Pflichtschule befreit. – Sondergruppe für Damen und Herren mit höherer Schulbildung. Prospekt frei. Telephon 17137.

Vergrabene Archiv-Schätze.

In den Veruntreuungen des Berliner Archivdiebes.

Die Archivdiebstähle des Berliner Privatgelehrten Dr. Hauck haben mit Recht ungeheures Aufsehen erregt. Jahrzehntelang hat er in den größten Staatsarchiven der verschiedensten Länder „gearbeitet", ohne daß von seinem Treiben etwas offenbar wurde. Erst jetzt, nach fast 30 Jahren, fiel der Verkauf von Briefen Friedrichs des Großen auf, und der gesamte Handel war sich darüber im Unklaren, woher diese äußerst seltenen Stücke auftauchten. Dies wurde Hauck zum Verhängnis.

Gibt es doch bestimmte Urkunden, die nur in einzelnen Exemplaren existieren und einen geradezu unberechenbaren Wert haben. Die verschiedenen Staaten sind vielfach seit Jahrhunderten im Besitze von Staatsarchiven, in denen die wichtigsten Urkunden und Akten gesammelt und nach einem bestimmten System geordnet werden. Einblick in diese oft Jahrhunderte lang verborgen bleibenden Beweisstücke haben nur die wenigsten Personen, meist nur die Mitglieder des regierenden Herrscherhauses, bezw. deren Vertrauensleute oder die Spitzen der jeweiligen Regierung.

Schon in den frühesten Zeiten staatlicher Organisation ist man darauf bedacht gewesen, die wichtigen politischen und höfischen Dokumente für spätere Zeiten aufzubewahren. Eines der ältesten Archive, von denen wir heute noch einige höchst wertvolle Stücke haben, war das päpstliche Archiv, das in der Zeit des Papstes Damasus (366 bis 384) gegründet wurde. Wenige heute noch vorhandene Urkunden daraus sind in dem vatikanischen Archiv, das unter Paul V. (1605 bis 1621) erbaut wurde, untergebracht und führen hier ihr verborgenes Dasein. In das vatikanische Archiv sind auch die Schätze des Archives der Engelsburg gebracht worden. Ebenfalls sehr alte und unberechenbare Werte repräsentierende Schätze enthält das Archiv zu Turin, in dem die von Heinrich VII. bei seinem Tode in Italien zurückgelassenen Urkunden und Dokumente aufbewahrt werden. Berühmt ist auch das Reichsarchiv in der Kaiserlichen Pfalz zu Aachen, das von Karl dem Großen angelegt wurde, doch ist hiervon fast nichts erhalten. Erst im 15. Jahrhundert wurde für eine durchgreifende Organisation des Reichsarchives gesorgt und gesetzliche Bestimmungen über seine Verwaltung getroffen. Das Reichshofarchiv, an dem auch Dr. Hauck gearbeitet hat, befindet sich jetzt in Wien und enthält die Reste des Archives der Mainzischen Reichskanzlei. Berühmte Archive sind ferner noch das Bundesarchiv der Schweiz in Bern, in Frankreich das Zentral-Archiv in Paris (Archives nationales), in London das englische Staatsarchiv (public record office). Deutschland besaß bis vor kurzem noch kein Reichsarchiv. In Preußen untersteht die Archivverwaltung dem Präsidenten des Staatsministeriums, an der Spitze steht der Generaldirektor der Staatsarchive in Berlin. Preußen hat 18 Staatsarchive, unter anderen Berlin, Breslau, Düsseldorf, Magdeburg, Münster usw. Auch Bayern und die anderen Staaten haben ihre eigenen Archive. Seit dem Jahre 1919 ist für das gesamte Deutsche Reich in Potsdam ein Reichsarchiv geschaffen worden.

Die historischen Urkunden, die in den Staatsarchiven verwahrt werden, stellen zumeist einen ganz unermeßlichen Wert dar. Legen sie doch beredtes Zeugnis ab von vergangenen Epochen, sie sind auch oft der einzige Beweis für irgendwelche Vorgänge in der Geschichte, und eine weitgehende Zugänglichmachung dieser Urkunden würde in so manches geschichtliche Dunkel Licht bringen.

Nur wenige Personen aus dem Privatpublikum finden Zutritt zu diesen Schätzen, zumeist Historiker, Archäologen oder sonstige Gelehrte, die hier Grundlagen ihrer wissenschaftlichen Arbeiten suchen, und denen man im Interesse der Forschung und der Wissenschaft Einblick in die Archive gewährt. Es bedarf keines Hinweises, daß bei der Auswahl dieser Personen stets mit allergrößter Vorsicht vorgegangen wird; trotzdem ist es wiederholt vorgekommen, daß dieses Vertrauen — wie in dem jetzigen Falle des Dr. Hauck — getäuscht worden ist, und ab und zu tauchen, oft nach Jahrzehnten, in Auktionen oder sonstigen Verkäufen einzelne Stücke auf, deren Ursprung auf Diebstahl zurückzuführen ist.

Jedes Archiv hat eine solche Unzahl von Urkunden, daß es buchstäblich unmöglich ist, diese auch nur in stärkerem Maße einem größeren Publikum zugänglich zu machen. Im Berliner Archiv befinden sich augenblicklich 13 000 Akten-Faszikel, von denen jedes einzelne durchschnittlich 500 Aktenstücke umfaßt; hierbei befinden sich ungefähr 75 Millionen Urkunden. Aus diesem erhellt klar, daß die Verwaltung der Archive nur durchaus vertrauenswürdigen Personen übertragen werden kann. Erstens ist eine weitgehendste Sachkenntnis erforderlich, um die echten von den falschen Dokumenten zu unterscheiden, das Wertvolle von dem Wertlosen. Dazu kommt, daß die Archivbeamten ein geradezu unbegrenztes Tätigkeitsfeld haben, daß ihnen eine Unzahl von Urkunden offensteht, und daß man letzten Endes gar keine Möglichkeit einer Kontrolle über ihre Tätigkeit hat.

Nur auf diese Weise ist es erklärlich, daß die Diebstähle Karl Haucks so lange verborgen bleiben konnten. Er hat an den verschiedensten Archiven gearbeitet, so in Dresden, Wien, Berlin, London usw. Das Bekanntwerden seiner Veruntreuung hat eine ungeheure Erregung in den wissenschaftlichen Kreisen der ganzen Welt hervorgerufen. Um feststellen zu können, wieviel Urkunden verschwunden sind, bedarf es natürlich einer langwierigen Arbeit. Doch ist anzunehmen, daß diese Angelegenheit ein Gutes hat. Die ungeheuren Werte, die sich in Zahlen gar nicht ausdrücken lassen, die in diesen Archiven ruhen, die teils historische, teils selbst für unsere Zeit höchst wichtige Dokumente enthalten (man denke doch nur an die deutsche Aktenpublikation, der trotz dringender Aufforderung von deutscher Seite immer noch nicht unsere Kriegsgegner mit der Oeffnung ihrer Archive gefolgt sind) liegen hier brach und ungenutzt. Es wird hier eine Thesaurierung der Werte getrieben, wie sie in diesem Maße wohl nur selten vorkommt. Es hat Zeiten gegeben, in denen man ebenso in Museen verfuhr. Aber die neuere Zeit hat versucht, die Schätze der Museen wenigstens insoweit der Oeffentlichkeit zugänglich zu machen, daß diejenigen Personen, die Interesse für diese Werte haben, an sie herankommen können. Dieses ist noch lange nicht bei allen Archiven der Fall. Es ist dringend notwendig, daß hier einmal ein frischer Wind weht. Ein weitergehendes Zugänglichmachen der Urkunden, ein regerer Austausch zwischen den einzelnen Staatsarchiven, eine genaue Kontrolle über die eigenen Schätze sind geboten, wenn nicht der Welt-Geschichtsschreibung höchst wertvolle Unterlagen für immer entzogen werden sollen.

Kunst und Wissenschaft.

† **Dresdner Theater-Spielplan für heute.** Opernhaus: „Madame Butterfly" (½8); Schauspielhaus: „Der Kaufmann von Venedig" (7); Neustädt. Schauspielhaus: „Heimliche Brautfahrt" (½8); Residenz-Theater: „Gräfin Mariza" (½8); Neues Theater: Geschlossen.

† **Mitteilung des Residenz-Theaters.** Da fast jeden Abend eine große Anzahl vorbestellter Karten nicht abgeholt werden, bleiben dieselben von heute an nur noch bis 2 Uhr mittags reserviert.

† **Veranstaltung.** Heute, ½8 Uhr, Gewerbehaus: Orchesterkonzert von Siegfried Wagner.

† **Siegfried-Wagner-Konzert.** Heute, Dienstag, den 27. Januar, abends ½8 Uhr, im Gewerbehaus Siegfried-Wagner-Konzert mit dem verstärkten Dresdner Philharmonischen Orchester. Programm: Liszt: Mephisto-Walzer; Siegfried Wagner: Konzertstück für Solovioline und Orchester (Konzertmeister Stefan Frenkel), Vorspiel: Die heilige Linde, Glück, sinfonische Dichtung, Ouvertüre „Tannhäuser". — Karten bei Ries, Seestraße 21, und an der Saalkasse.

Amtliche Bekanntmachungen.

† **Uraufführung eines Drames von Molo in Rostock.** Walter v. Molos „Lebensballade", ein Schauspiel in zwölf Szenen (drei Aufzügen), erlebte soeben am Stadttheater Rostock und gleichzeitig an den Bühnen von